

DKP - Gesundheits-Info (1)

Das Klinikum Links der Weser ist von Schließung bedroht.

Die Kliniken verkommen zu Fabriken, die Krankheit zur Ware. Dieses kontraproduktive Prinzip in der Gesundheitswirtschaft entscheidet im wahrsten Sinne des Wortes über das Wohl und Wehe der Menschen. Im Vordergrund steht das Interesse der „Gesundheits“-konzerne. Das ist seit Jahrzehnten die bittere Entwicklung in Deutschland.

Die Pharmaindustrie verdient sich derzeit die sprichwörtlich goldene Nase. Doch wer in Deutschland als gesetzlich Versicherter krank wird, kann schnell in Not geraten. Die Versorgung ist zunehmend katastrophal, deshalb sah sich Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) genötigt eine Initiative zur Finanzierungsreform der Krankenhäuser ins Leben zu rufen. Doch Lauterbachs Reform ist ein Papiertiger der die Verhältnisse nicht zum Guten für die Kliniken wendet - im Gegenteil, die jetzt schon ertragreichen Bedingungen für die herrschende Profitmedizin werden stabilisiert und erweitert.



Stabile Versorgung des Bremer Südens durch das LdW erhalten - fordern die Kolleginnen und Kollegen des LdW

Nachdem seit 1991 bundesweit 624 Kliniken, davon über 20 in der Corona-Pandemie, schließen mussten, ist nun das Klinikum Links der Weser von einer Schließung bedroht. Das hat unter den Beschäftigten des Klinikums Existenzsorgen und unter den Anwohnern des linken Weseruferes sowie Patienten Unsicherheit verbreitet, schließlich hängen noch zwei Praxen und 30.000 Patienten daran. Dadurch, dass 500 von 2000 Betten in Bremen abgebaut werden sollen, hat sich die Verunsicherung aller Betroffenen noch vergrößert.

Statt Klarheit zu schaffen, wurde vor der Bremer Bürgerschaftswahl vom Aufsichtsrat der Gesundheit Nord und Gesundheitssenatorin Claudia Bernard (Die Linke) so getan, als sei alles noch offen und verhandelbar. Zudem ist es unglaublich, dass Gesundheitssenatorin Claudia Bernard (Die Linke) keine Berechnungen vor sich liegen hat, die aussagen, was denn die Streichung von 500 Betten an Ersparnissen oder Verlusten für die Gesundheit Nord bedeutet.

Die Schließung des LdW wird sich nun auf ökonomischen Weg vollziehen, indem das Herzzentrum zum Klinikum Bremen Mitte verlagert wird. Was bedeutet, dass die finanzielle Haupteinnahmequelle des LdW wegfällt und zur Folge hat, dass das Klinikum finanziell und personell ausblutet und sich nicht mehr selber finanzieren kann. Ein warnendes Beispiel ist die Umgehensweise der Gesundheitsbehörde mit dem Klinikum Bremen Ost.

Die Lage der Krankenhäuser in Bremen war noch nie so trist und schwierig wie jetzt. Die Investitionen sind seit Jahren nicht mehr bedient worden, weit über 700 Millionen Euro haben sich da angestaut. Viele Häuser sind in einem schwierigen Zustand und haben zunehmend Probleme, die Fallzahlen zu erwirken, weil das Personal fehlt.

Die starke Inflation und hohen Energiekosten hat die ohnehin schon angespannte wirtschaftliche Lage verschärft, dazu kommt die Unterfinanzierung der Personalkosten durch die Krankenkassen. Neu- und Umbauten müssen die vier Bremer Kliniken durch Kredite selbst finanzieren, was letztlich auf Kosten der Patienten und Beschäftigten geht, denn Kredite müssen bekanntlich getilgt werden.

Dies hat in der Vergangenheit dazu geführt, dass Planstellen „frei gehalten“ oder wegrationalisiert wurden. Was wiederum dazu führte, dass die Arbeitsbedingungen unter den Pflegekräften auf den Stationen und Abteilungen teilweise unerträglich und unmenschlich geworden sind, sie machen die Menschen krank.



In den vergangenen drei Pandemie Jahren sind bekanntlich über 20 Krankenhäuser geschlossen worden. Betten und Kapazitäten, die dringend benötigt werden, wurden abgebaut. Die Politik des fortgesetzten wirtschaftlichen Auszehrens der Krankenhäuser lässt am Ende die Beschäftigten und die Bevölkerung krank und ratlos zurück. Wissenschaftler aus Lauterbachs Regierungskommission haben errechnet, dass mindestens 100 Milliarden Euro nötig seien, um die Kliniken zu retten.



Damit sich die medizinische Unterversorgung nicht weiter ausbreitet, muss der Schließung des Klinikums Links der Weser entgegengetreten werden. Der Koalitionsvertrag des Senats ist für die Betroffenen in dieser Situation keine Hilfe – „Es rettet uns kein höheres Wesen kein Gott kein Kaiser noch Tribun“... und schon lange kein sozialdemokratischer Koalitionsvertrag.

Kolleginnen und Kollegen,

Erfolge im Klassenkampf sind kein Zufall. Die Kraft, einen Kampf zu gewinnen muss aufgebaut werden. Sie basiert auf eurer Stärke, weil ihr euch entschieden habt, euren Arbeitsplatz bis zur letzten Minute gegen den Angriff von Senatorin Claudia Bernard und Geno-Geschäftsführerin Dorothea Dreizehnter zu verteidigen. Eure Entschlossenheit zeigte sich uns schon bei der Vorbereitung eurer Demonstration im Mai 2023 mit 200 Kolleginnen und Kollegen. Bei dem kommenden Abwehrkampf kann den Regierenden im Bremer Rathaus gezeigt werden, dass die Beschäftigten, unterstützt von der Bremer Bevölkerung, einen Kampf genauso gut führen können wie ein Krankenhaus! Solidarität ist unsere Stärke!

- Geld für Soziales, Bildung und das Gesundheitswesen statt für Hochrüstung!
- Für ein 100 Milliarden-Sondervermögen für das Gesundheitswesen.
- Für ein menschenwürdiges und modernes Gesundheitswesen als integralen Bestandteil einer Gesellschaft in welchem das kapitalistische Profitprinzip nicht mehr über das Wohl und Wehe des Menschen entscheidet.

Für den Erhalt des Klinikums Links der Weser!

Impressum:

DKP-Gesundheits-Info (1)

Herausgeber: DKP Bezirk Bremen

Kontakt zur DKP: dkp-bremen@gmx.de

V.i.S.d.P. Gerd-Rolf Rosenberger Mühlenstr. 135, HB



Sozialistische Wochenzeitung
der Deutschen Kommunistischen Partei

Die Zeitung der Arbeitenden gegen die Millionäre.
Sie zeigt, was hinter den Betriebstoren los ist.
Sie schärft den Blick.

www.unsere-zeit.de